

November 2005

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Nachtragsplan kann Finanzdebakel nicht aufhalten:

Städtische Haushaltslage wird von weiterem Niedergang geprägt

Für Leute, die nicht verstehen, warum die Opposition einem Nachtragshaushalt die Zustimmung verweigert, hat der DKP-Sprecher in der Ratssitzung am letzten Mittwoch etwas Nachhilfeunterricht erteilt.

Dabei hatte Franz Hertel vor allem den CDU-Frontmann Hubertus im Auge, der in politischer Verblendung an die Unfehlbarkeit der Unionspartei glaube und nicht begreifen wolle, dass es im Stadtrat auch Kräfte gibt, die sich ihre Kritikfähigkeit bewahrt haben und nicht bereit sind, den verheerenden Wirkungen von Bundes- und Landespolitik auf die Lage der Kommunen die Absolution zu erteilen.

Hertel betonte ausdrücklich, dass der städtische Etat zwar vorwiegend Einzelpositionen enthalte, welche unterstützungswert sind und deshalb die Zustimmung der DKP finden. Es gebe

aber auch Punkte, die auf Ablehnung unserer Partei stossen. So die Vergeudung von öffentlichen Geldern für fragwürdige Marketing-Gutachten und spektakuläre Biathlon- oder andere Events, um Beispiele zu nennen.

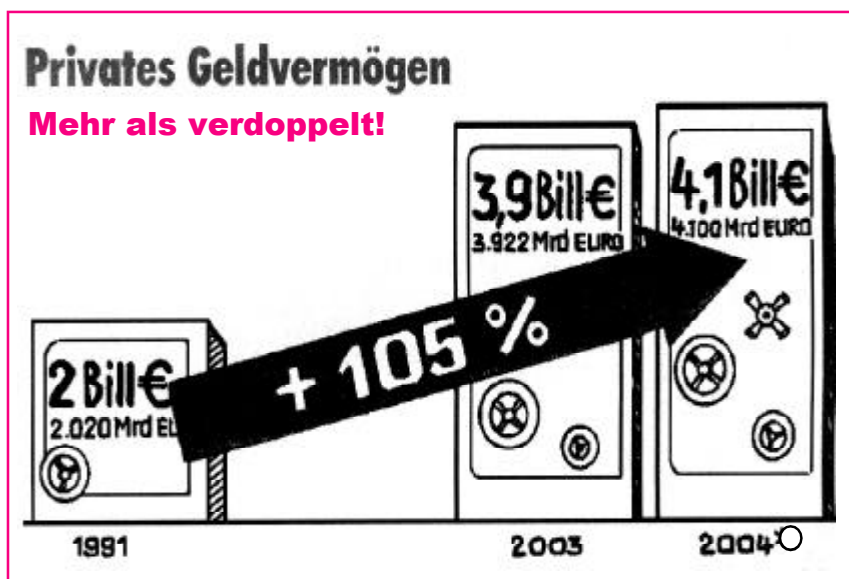
Der Ausschlag gebende Punkt sei jedoch die im Haushaltsplan sichtbar werdende Unfähigkeit der Stadt, notwendige Mittel z.B. für den Ausbau von Straßen und Bürgersteigen oder für die Sanierung öffentlicher Einrichtungen auszuweisen. Angesichts eines Haushaltsdefizits von 24,5 Mio Euro per Jahresende und nur 2,8 Mio Euro an Investitionen im Vermögenshaushalt (bei Gesamtausgaben von 46,1 Millionen!) werde das ganze Ausmaß der Finanzmisere unserer Stadt deutlich.

„Wir stehen quasi vor einem riesigen Scheiterhaufen, auf dem die Perspektiven einer finanziellen Gesundung in



Vorankündigung: Eine 24-köpfige Kulturgruppe aus Kuba kommt im nächsten Frühjahr nach Püttlingen in die Stadthalle. Erste Informationen sind auf Seite 8 nachzulesen.

Flammen aufgegangen sind“, erklärte der DKP-Fraktionsvorsitzende. Er verwies auf die dafür maßgebenden Rahmenbedingungen, die „von oben“ diktiert würden und den Städten keinen Spielraum mehr für eine eigenständige Kommunalpolitik lassen. Wer solche Untergangspolitik ablehne, müsse dies auch im Stadtrat deutlich machen, was die DKP mit ihrem Nein zum Nachtragshaushalt getan habe.



Geld ist in Deutschland reichlich vorhanden. Das private Geldvermögen hat sich von 1991 bis 2004 mehr als verdoppelt, auf 4,1 Billionen Euro, was das Doppelte des Bruttoinlandsprodukts in unserem Land ausmacht, das Vierzigfache der jährlichen Neuinvestitionen. Lesen Sie auch auf Seite 6.

CDU weiter abgeschmiert

Vorbei ist die Zeit, wo die CDU in Püttlingen bei Kommunal- oder Landtagswahlen (1999) jeweils über 6.000 Wählerstimmen für sich verbuchen konnte. Bei der Stadtratswahl im Juni 2004 gab es 5.041 Stimmen, drei Monate später bei der Landtagswahl votierten 5.013 Wähler für die Union. Die Bundestagswahl im vergangenen September ließ die CDU auf 4.531 Wählerstimmen abrutschen, nur noch 27,2 Prozent der Wahlberechtigten konnten jetzt erreicht werden. Die übergroße Mehrheit entschied sich gegen die CDU! Besonders eindrucksvoll das Ergebnis der Linkspartei, die (von der DKP unterstützt!) auf Anhieb 2.515 Stimmen bekam und damit 18,8 Prozent verbuchte.

Kanzler Schröder muss gehen, Müntefering tritt die Flucht an:

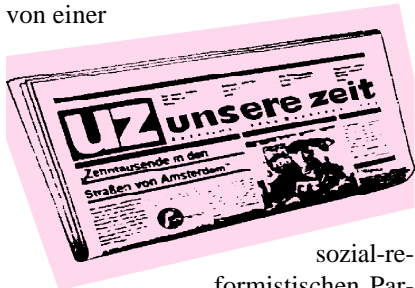
Das große Rumoren in der SPD ist unübersehbar in vollem Gange

Eine verlorene Landtagswahl nach der anderen, massenhafte Abkehr vieler Mitglieder und Wähler von Schröders schändlicher Politik – es ist klar, dass diese Situation nicht auf längere Zeit durchzuhalten war. Deshalb zog der Bundeskanzler die Notbremse und setzte Neuwahlen an. Aber der 18. September brachte nicht die erwarteten Veränderungen. Für keine der neo-liberalen Parteien im Bundestag.

Durch den Einzug der Linkspartei in den Berliner Reichstag wurde die schwarzgelbe Koalition verhindert. Angela Merkel verfehlte ihr Wahlziel und nur die Tatsache, dass jetzt zuerst einmal die Große Koalition von CDU/CSU-SPD unter Merkels Führung zurecht gezimmert werden soll, hat bisher den offenen Streit in der Union verhindert. Mit Schuldzuweisungen hält man sich noch etwas zurück. Doch der Unmut über Merkels Führungsqualität wird immer stärker spürbar. Die Messer sind schon gewetzt. Nach der Installation der neuen Regierung soll das CDU-Wahlergebnis endlich .aufgearbeitet. werden.

Die SPD ist da schon etwas weiter. Hier tobt die offene Auseinandersetzung über Pöstchen und politische Taktik so nachhaltig, dass die Fetzen fliegen. Nach Schröder, der als Kanzler in der Versenkung verschwindet, hat auch Müntefering die Flucht angetreten und den Abgang als Parteivorsitzender verkündet. Jetzt sind jüngere Polit-Technokraten und die ewigen Abnicker dabei, die SPD neu auf alten Kurs zu bringen. Nachfolgend bringen wir dazu einen Beitrag, den wir – etwas gekürzt – der DKP-Wochenzeitung .Unsere Zeit. entnommen haben.

Die SPD steckt in einer tiefen Krise. Herbeigeführt wurde diese mit dem vollständigen Übergang von einer



sozial-reformistischen Partei zu einer Partei des Neoliberalismus. Zu einer Politik, die im Interesse der Konzerne nicht Reformpolitik, sondern Antireformpolitik betreibt und die in der Vergangenheit erkämpften Errungenschaften der arbeitenden Menschen rücksichtslos zunichte macht. Zugleich ist die SPD, insbesondere mit ihrer Teilnahme an der NATO-Aggression gegen Jugoslawien, zur imperialistischen Kriegspartei gekommen.

Dass dieser Wechsel verbunden war mit dem Verlust Zehntausender Mitglieder und von Millionen Wählerstimmen,

schien die SPD-Führer und ihre Regierungsmitglieder zeitweise kaum zu scheren. Jetzt - zusammenfallend mit dem Auftauchen der Linkspartei und deren Einzug in den Bundestag - scheint ein Nachdenken über den gegenwärtigen und zukünftigen Kurs der SPD angebrochen zu sein. Mehr nicht, aber auch nicht weniger!

Die Unternehmerverbände sind in diesem Moment noch sprachlos. Sie haben, nachdem ihre schwarz-gelbe Traumkoalition nicht zustande kam, ihr Vertrauen auch in Franz Müntefering gesetzt und ihm bescheinigt, „dass er genau der richtige in dieser Funktion“ sei. Nun stellt der selber auch sein Ministeramt zur Disposition, was Herr Stoiber schnell zum Absprung nutzte. Was das für die große Koalition bedeutet, wenn gleich zwei „Eckpfeiler“ wegbrechen, wird sich zeigen.

Sorgen über einen möglichen „Linksruck“ der SPD werden geäußert. Aber: Wie soll es einen Linksruck geben mit einem Personal, das die bisherige Agenda-Politik nicht nur absegnete, sondern auch als alternativlos bezeich-

nete. Ein Personal, das bislang eine Debatte über zeitgemäße sozialdemokratische Grundwerte ablehnte und das Aufkommen der Linkspartei mit aller Entschiedenheit bekämpfte.

Gewiss - das kann sich ändern, und das ist zu hoffen. Aber der bevorstehende Parteitag der SPD wird dies nicht erbringen, sondern gegebenenfalls ein Klageglied auf Franz Müntefering und Exkanzler Gerhard Schröder



Klärungsprozess in der SPD

anstimmen und deren Koalitionsvereinbarungen billigen.

Herauskommen wird also kein Politikwechsel, sondern „eine Beschleunigung der Rechtsentwicklung mit einem umfassenden Sozial- und Demokratieabbau“, wie der Vorsitzende der DKP Heinz Stehr erklärte.

Mit dieser Entwicklung könnte jedoch nicht nur ein tieferes Nachdenken in der SPD über deren zukünftigen Kurs bis 2009 beginnen. Diese Entwicklung könnte auch einhergehen mit der Entfaltung einer außerparlamentarischen Bewegung, die auf stärkeren Widerstand gegen Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau orientiert. Die sich auf die Linkspartei im Bundestag stützen kann, die parlamentarischer Arm dieser Bewegung sein muss. Diese Situation muss jetzt unbedingt zur realen Stärkung der Linken in unserem Land und damit auch zur Stärkung der marxistischen Linken genutzt werden.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12 · Eigendruck

Auch das Gefeilsche um das Regierungsprogramm der Großen Koalition macht deutlich:

Die Abzocker sitzen in Regierung und Konzernzentralen



Das ist eine Riesenschweineerei: SPD-Arbeitsminister Clement hat mit einer Broschüre, in der von ‚Abzocke‘ und ‚Selbstbedienung‘ die Rede ist, auf die Kostenexplosion bei Hartz IV reagiert. Statt selbstkritisch zuzugeben, dass die SPD-Grüne-Regierung glatt versagt und mit den Hartz-Gesetzen Hunderttausende Menschen in die Armut getrieben hat, werden die Erwerbslosen zu Prügelknaben einer gescheiterten Politik gemacht.

Angeblich geht es Clement um die Bekämpfung von Leistungsmißbrauch, von ‚Parasiten‘ ist die Rede. In Wirklichkeit wollen er und seine Spießgesellen mit dieser üblen Kampagne gegen die Arbeitslosen das gesellschaftliche Klima weiter vergiften, um freies Schußfeld für verstärkten Sozialabbau zu bekommen.

Untaten hinter Lügenvorhang

Wie hanebüchen diese Verleumdungen durch Wolfgang Clement sind, wird nicht zuletzt daran sichtbar, dass Experten dem Minister widersprechen und selbst die sonst nicht zimperliche *Saarbrücker Zeitung* unter dem Titel ‚Saarländer sind keine Sozial-Abzocker‘ feststellt, dass eigene Recherchen diesen Vorwurf nicht bestätigen.

Damit ist allerdings nicht gesagt, dass Abzocken und Leistungsmißbrauch kein Thema sind. Im Gegenteil. Doch die Abzocker sitzen in den neoliberalen Parteien und bereiten sich auf das Regierungsprogramm der Großen Koalition vor. Und was da in der Planung ist, wird den kleinen Leuten das kalte Grausen beibringen.

Neben vielen anderen Dingen soll die Pendlerpauschale abgeschafft oder zumindest stark reduziert werden. Vor allem Beschäftigte, die weite Wege zu ihrer Arbeitsstelle zurücklegen müssen, werden betroffen sein. Die Wohnungsbauprämie steht auf der Abschussliste. Im Sozialbereich soll die Mitversicherung der nicht berufstätigen Frau beim Ehemann abgeschafft

und durch eigene Versicherungspflicht ersetzt werden. Die Mehrwertsteuer hat es denen ‚da oben‘ besonders angeht. Eine Anhebung bis auf 20 Prozent wird diskutiert. Dann würde alles noch teurer. Dabei sind exorbitante Preiserhöhungen für Müll, Abwasser und Strom ohnehin schon angekündigt.

Rentner trifft es besonders

Vor allem die Älteren stehen auf der Rotstiftliste ganz vorn. So soll es bis 2008 keine Rentenerhöhung geben, das Rentenalter auf 67 Jahre angehoben werden. Nicht zuletzt will man auch den Anteil der Rentner am Krankenkassenbeitrag von derzeit 54 auf 80 Prozent erhöhen. Doch von Nullrunden für die Profite der Großkonzerne wird nicht geredet.

Zu Recht hat der Sozialverband VdK davor gewarnt, dass ein großer Teil der Rentnerinnen und Rentner immer stärker in die Nähe der Sozialhilfesätze rücke. Nachdem schon 2004 und 2005 Nullrunden verkräftet werden mussten, wird es infolge der geplanten Maßnahmen zu weiterem Kaufkraftschwund der Senioren kommen. Für die Rentner bedeuten die weiteren Einschnitte und Belastungen eine Einschränkung ihrer Lebensqualität, obwohl sie ein Leben lang Beiträge gezahlt haben.

Nicht weiter tatenlos zusehen

Die neoliberalen Sachwalter des Kapitals wollen uns weismachen, dass die ‚Sachzwänge‘ keine andere Wahl lassen, als immer weiter zu sparen. Dass sie dabei blindwütig nur bei der Masse

des Volkes in den Geldbeutel greifen und die Superreichen völlig ungeschoren lassen, dürfte doch ausreichend Grund sein, diesem Treiben endlich Einhalt zu gebieten.

Widerstand ist notwendig. Wie so etwas gemacht werden kann, wurde kürzlich in Belgien gezeigt. Dort kam es am 7. und 28. Oktober jeweils zu 24-stündigen Generalstreiks mit riesigen Massendemonstrationen (wovon die Medien hier kaum Notiz nahmen!). Dabei richtete sich der Protest vor allem gegen das Vorhaben der Regierung, die Altersgrenze für den Rentenbezug zu erhöhen. Die belgischen Gewerkschaften sind offenbar entschlossen, weitere Aktionen durchzuführen, um die Pläne der Regierung zu durchkreuzen.

DKP steht zum Trimmtreff:

Verlustrausgleich durch die Stadt

Die DKP hat in der Ratssitzung vom 9. November den Jahresabschluss 2004 für das Sport- und Freizeitzentrum Trimmtreff bestätigt und zugestimmt, dass der Jahresverlust in Höhe von 753.000 Euro durch Betriebskostenzuschuss ausgeglichen wird. Zuvor gab Hans Schwindling für die DKP-Fraktion eine kurze Erklärung ab, in der die öffentlich lancierte Forderung nach Schließung von Bädern entschieden zurückgewiesen wird. Dabei stellte er fest:



„Das Freizeitzentrum Trimmtreff ist eine soziale Einrichtung, die von Anfang an nicht der Gewinnerzielung dienen sollte, aber sehr wohl zur sinnvollen Freizeitgestaltung der Menschen gedacht war. Wenn man nun im PwC-Prüfbericht für 2004 nachlesen kann, dass in der Mehrzweckhalle 36 Veranstaltungen stattgefunden haben und das Hallenbad an 339 Tagen geöffnet war und dabei 115.282 Besucher registriert wurden, was einem Nutzungsgrad von 340 Besuchern je Öffnungstag entspricht, dann kann man ermesen, welche große Bedeutung diese Einrichtung für die Menschen unserer Stadt hat.“

In den vergangenen Monaten wieder eine Menge wichtiger Aktivitäten:

Drei interessante Info-Veranstaltungen der DKP

Seit der letzten Ausgabe unserer Stadtzeitung ist wieder viel passiert. Da bot die DKP-Stadtratsfraktion am 6. September einen Vortrag des Saarbrücker Experten Peter Balnis zur Bildungspolitik an. Kurz danach, am 13. September, sprach Professor Wolfgang Richter über Stadtmarketing. Schließlich folgte am 12. Oktober eine Diskussionsveranstaltung mit Dr. Luitwin Bies zum 50. Jahrestag der Volksabstimmung über das Saarstatut. Das waren alles Themen, über die man ausführlicher berichten müsste. Doch leider haben wir nur alle zwei Monate die Möglichkeit dazu. Dann heißt es aber, sich kurz fassen. Wir bitten die Leser um Verständnis dafür.

Die Bedeutung des 23. Oktober 1955

Ein für das Saarland bedeutendes Ereignis hat in den letzten Wochen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gestanden: der 23. Oktober 1955. Zahllose Beiträge in Presse und Fernsehen haben sich damit befasst, denn seinerzeit entschieden sich die saarländischen Wähler mit Zweidrittelmehrheit gegen das Saarstatut, mit dem sich Frankreich für lange Zeit die wirtschaftliche und politische Vormacht über unser Land sichern wollte.

Beim damaligen Referendum konnten die Menschen an der Saar ja oder nein

worden, welche Entwicklung das Land an der Saar künftig nehmen sollte. Politiker der Heimatbundparteien deuteten das Wahlergebnis als Votum für die Bundesrepublik und begannen mit der rigorosen Umsetzung bundesdeutscher Gesetzgebung im Saarland. In der Folgezeit wurde ein riesiger Sozialabbau durchgepeitscht, das KPD-Verbot auch im Saarland umgesetzt, die Militarisierung unseres Landes begonnen.

Doch diese Dinge sind in den Medien weitgehend verschwiegen worden. Wie auch nahezu einheitlich unterschlagen wurde, welche Positionen durch die KP Saar vertreten worden waren. Die Rolle der Kommunisten ist in den zahlreichen Veröffentlichungen (wenn man einmal von der Wiedergabe etlicher Plakate absieht) praktisch unauffindbar. Umso mehr ist Dr. Luitwin Bies zu danken, der in einem Vortrag in der „Güterhalle“ des Kulturbahnhofs die realen Hintergründe und Vorgänge bezüglich dem Saarstatut beleuchtete und damit einer Verklärung der Ereignisse und Legendenbildung entgegen wirkte.

Der Völklinger Historiker schilderte, wie das Saarland mittels Saarstatut unter die Oberhoheit eines „europäischen Kommissars“ gestellt und ansonsten wie seit 1947 weiter unter der Dominanz Frankreichs an der Saar (mit französischer Währung und Zollgrenzen gegenüber der Bundesrepublik) verbleiben sollte.

Unmißverständlich stellte Luitwin Bies klar, dass dieses Statut ein wichtiger Teil der Pariser Verträge war, jener Verträge, die vor allem der Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Militärallianz dienen sollten. Adenauer und sein Klüngel waren bereit, das Land an der Saar und seine Menschen, als Preis für die Zustim-

mung Frankreichs zur Aufrüstung der BRD und ihre Einbettung in die westliche Militär-Blockbildung, zu verhöhen. Die Kommunistische Partei hatte sich von Anfang an dieser Entwicklung entgegen gestellt. Bies erinnerte daran, dass KP-Mitglieder in führenden Positionen der Einheitsgewerkschaft und der Einzelgewerkschaften sowie in Betriebsräten vertreten waren. Die KP wirkte auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Sie nahm an den verschiedenen Wahlen teil.

Im 50-köpfigen Landtag hatten die Kommunisten im Jahr 1947 zwei, 1952 vier Mandate erreicht. Sie waren in den Kreistagen und in vielen Gemeinderäten vertreten. Die KP war es, die stets die nationale Frage mit der Friedensfrage verband, das Regime an der Saar als undemokratische Vollstrecker französischer Kapitalinteressen und Adenauers Militarierungspolitik als friedensgefährdend und die deutsche Spaltung vertiefend entlarvte. Sie vertrat als erste Partei das Nein zum Statut, DSP, DPS und CDU folgten erst später.



sagen zum europäischen Saarstatut, das genau ein Jahr zuvor von Bundeskanzler Adenauer und dem französischen Regierungschef Mendès-France ausgehandelt worden war. Aber niemals stand zur Abstimmung, ob die Saarländer zur Bundesrepublik wollten. Das wurde erst später in das Wahlergebnis hinein interpretiert.

Zu keiner Zeit war das Volk gefragt

Ganztagsschule

Peter Balnis hat sich für die Einrichtung echter Ganztagsschulen ausgesprochen und daran die Erwartung geknüpft, dass diese Schule einen entscheidenden Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leistet, insbesondere Frauen ermöglicht, ihr berufliches Potential zu entfalten und Kinder bei Erwerbstätigkeit beider Eltern trotzdem gut zu versorgen.

Ganztagsschulen sollen die Lernleistungen steigern, das Lernen durch vielfältige Lernformen und Bildungszugänge sowie durch eine günstigere Rhythmisierung des Schultages effektivieren. Von dieser Schule wird erwartet, dass sie die Bildungschancen von sozial Benachteiligten erhöht, soziale Kompetenzen stärkt, Kinder und Jugendliche wirksam fördert, die sprachliche und soziale Integration von Kindern aus Migrantenfamilien gewährleistet. Sie soll entsprechend den veränderten Lebensbedingungen Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung, bei der Entwicklung und Entfaltung sozialer Beziehungen und Kompetenzen unterstützen.

Prof. Richter sprach über Marketing



Weil schon seit vielen Monaten die Diskussion über Stadtmarketing durch unsere Kommune geistert, war es kein Zufall, dass sich auch die DKP-Fraktion mit dieser Frage beschäftigte. Nachdem bereits im Oktober letzten Jahres in der Stadtzeitung „pro + kontra“ ein größerer Beitrag über das „Wundermittel Marketing“ erschienen war, der bei Vertretern des Marketingvereins auf starken Widerspruch gestoßen ist, lag es durchaus auf der Hand, das Thema etwas tiefergründiger anzugehen. Dazu hatte die DKP den Dortmunder Professor Wolfgang Richter (Foto: links) als Referenten gewinnen können. Nur schade, dass die Kritiker der DKP nicht den Weg ins Brauhaus fanden, um dort einmal anzuhören (oder gar zu diskutieren), wie sich der Architekt und Stadtplaner, der selbst in der Kommunalpolitik seiner Stadt engagiert ist, mit diesem Thema auseinandersetzt.

Kann Stadtmarketing der Kommune aus der Patsche helfen? Diese Frage veranlasste den Redner, zunächst einmal auf die desaströse Finanzlage der bundesdeutschen Städte und Gemeinden einzugehen.

Gigantische Umverteilung

Der Professor sprach dabei von einer „gezielten Verarmung der öffentlichen Haushalte“ im Gefolge des allgemeinen Prozesses der „Liberalisierung“, die dem privaten Kapital zu besseren Anlagemöglichkeiten und mehr Investitionen verhelfen sollte. Eine gigantische Umverteilung von Vermögen aus öffentlicher Hand in private und eine ebenso riesige und alle sozialen Verhältnisse umstürzende Umverteilung von unten nach oben prägte auch das Geschehen auf kommunaler Ebene in Deutschland.

Richter räumte ein, dass in den letzten Jahrzehnten viele Bemühungen unternommen worden seien, um die Dauerdefizite in den kommunalen Haushal-

ten aus eigener Kraft, oder besser gesagt: aus der eigenen Schwäche heraus zu überwinden. Doch in der unübersehbar desolaten Lage sei dies tatsächlich mit der Notwendigkeit verbunden gewesen, sich auf neue Situationen einzustellen und für sie Analysen und konzeptionelle Antworten zu finden.

So sei die Politik durchaus erfinderisch gewesen im Entwickeln neuer Modelle für den Umgang mit den aufgetretenen Problemen. Bei genauerem Hinsehen könne man aber feststellen, dass vieles von den „neuen Strategien“ gar nicht so neu war, sondern Vorläufer anderswo hatte, vornehmlich in den USA.

Zahlreiche Modelle

Zu diesen Konzeptionen für die kommunale Sanierung gehöre auch das so genannte Stadtmarketing, das jedoch keineswegs das erste und auch nicht das letzte Konzept sei. Er nannte dabei solche Modelle wie „Die Neue Urbanität“, „Die Dritte Stadt“, „Die soziale Stadt“ oder „Das Stadtmanagement“ - alles

Rezepte, die am Ende zu keiner Lösung der Probleme geführt hätten.

In diesem Zusammenhang ging der Professor etwas näher auf das Stadtmarketing ein. Es handele sich im Wesentlichen um eine betriebswirtschaftliche Strategie, die die Stadt besser am Markt zu positionieren, sie konkurrenzfähig zu machen oder zu erhalten. Dabei würden alle klassischen Instrumente benutzt, um sich darzustellen und die Konkurrenz auszustechen.

Aktionen und Events

Welche konkrete Erscheinungsform auch immer vorherrsche, der Grundgedanke sei: Es ist zu wenig los, die Menschen hocken auf ihrem Geld und investieren nicht, sie haben keine Ideen mehr für Konsum, sie kurbeln von allein nichts an, sie haben keine Vision für eine bessere Zukunft, deshalb müsse nachgeholfen werden, sie brauchen Wettbewerb, dann wird es auch Wachstum geben, neue Arbeit, neuen Handel, neuer Konsum, neue Kultur. Mit vielfältigen Aktionen und Events sollen diese Ziele angestrebt werden.

Marketing sei zum Begriff für ein Programm geworden, dass auf die Stärkeren im Kampf um Standorte setze. Es solle Konkurrenz anstacheln, Wettbewerb um öffentliche und private Investitionen für den eigenen Standort in Gang bringen. Dabei ist klar, dass es Gewinner (die bejubelt werden) und Verlierer gibt. Immer sei es das Ziel, mit Hilfe öffentlichen Geldes den Marketing-Prozess in Gang zu bringen, mit dem dann privates Geld motiviert werden soll, gewinnbringend angelegt zu werden.

Wolfgang Richter hat in seinem Vortrag viele grundsätzliche Aussagen formuliert und theoretisch untermauert. Mit seinen Ausführungen regte der Professor dazu an, selbst schlüssige Antworten auf konkrete Fragen vor Ort zu finden. So gesehen, war es eine äußerst hilfreiche Veranstaltung.

In Püttlingen wird die konkrete Diskussion über Marketing und neue spektakuläre Events wohl weitergehen. Dabei wird sich bald herausstellen, dass die existenziellen Probleme der Stadt dadurch nicht ernsthaft zu lösen sind.

Koalitionäre drohen mit Heulen und Zähneklappern:

Zerrüttete Staatsfinanzen und immer mehr Milliardäre in Deutschland

Noch ist die neue Bundesregierung nicht im Amt und niemand kann bislang verbindlich sagen, was im Einzelnen auf die Menschen in der Bundesrepublik zukommt. Soviel ist aber schon sicher: Angela Merkel, Franz Müntefering und ihre Unterhändler bereiten einen Sparkurs vor, der den meisten von uns Hören und Sehen vergehen lässt. CDU/CSU und SPD wollen eine Politik durchsetzen, die den Sozialabbau noch stärker forciert und einschneidende Sparmaßnahmen vor allem zu Lasten der „kleinen Leute“ zum Inhalt hat.

Die Lage beim laufenden Bundesetat ist derart katastrophal, dass mit einer zusätzlichen Neuverschuldung gerech-

net werden muss. Ab 2007 fehlen jährlich etwa 30 bis 35 Milliarden, die auch nicht durch neue Schulden zu decken sind. Deshalb seien Maßnahmen notwendig, die - wie es der hessische Ministerpräsident Koch ausdrückte - ein „flächendeckendes Heulen und Zähneklappern“ verursachen werden.

Die maroden Staatsfinanzen sind kaum verwunderlich, wenn man berücksichtigt, dass die bisherige Bundesregierung durch ihre Steuerpolitik innerhalb drei Jahren auf 70 bis 80 Milliarden Euro Unternehmenssteuern verzichtet hat, obwohl viele Konzerne riesige Gewinnrekorde erzielt hatten.

Es sieht allerdings nicht so aus, als wolle die neue Bundesregierung einen Po-

Tiefer Blick in gähnende Haushaltslöcher

SZ-Schlagzeile vom 25. Oktober 2005

litikwechsel einleiten und künftig die Großverdiener und Superreichen endlich mal zur Kasse bitten. Dabei wäre dies der richtige Weg, um die abgrundtiefen Haushaltslöcher der öffentlichen Kassen stopfen zu helfen.

Allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer könnte die jährliche Einnahme von 16 Milliarden sichern, denn bei einem Freibetrag von 500.000 Euro pro Familie und einem Steuersatz von einem Prozent würde die Vermögenssteuer diese horrende Summe einbringen. Man muss es nur wollen und den Milliardären endlich mal die Daumenschrauben anlegen.

Erst unlängst berichtete die Presse, dass in Deutschland vier Billionen Euro gehortet würden, was einem Geldvermögen von durchschnittlich mehr als 100.000 Euro entspräche. Da die Masse der kleinen Leute kaum größere Ersparnisse hat, aber etwa 2,7 Prozent der Bevölkerung über die Hälfte des gesamten privaten Geldvermögens verfügen, wird es Zeit, dass die Großverdiener und Superreichen zur Ader gelassen werden.

Wo gespart werden kann

Steuergeschenke: Die Steuerentlastung für Konzerne und Unternehmer infolge der „Unternehmenssteuerreform 2000“ addiert sich in den vergangenen drei Jahren auf über 80 Mrd. Euro

Steuerbetrug: z.B. Steuerausfall durch Umsatzsteuerbetrug in 2003: 17,8 Mrd. Euro an Einnahmen möglich

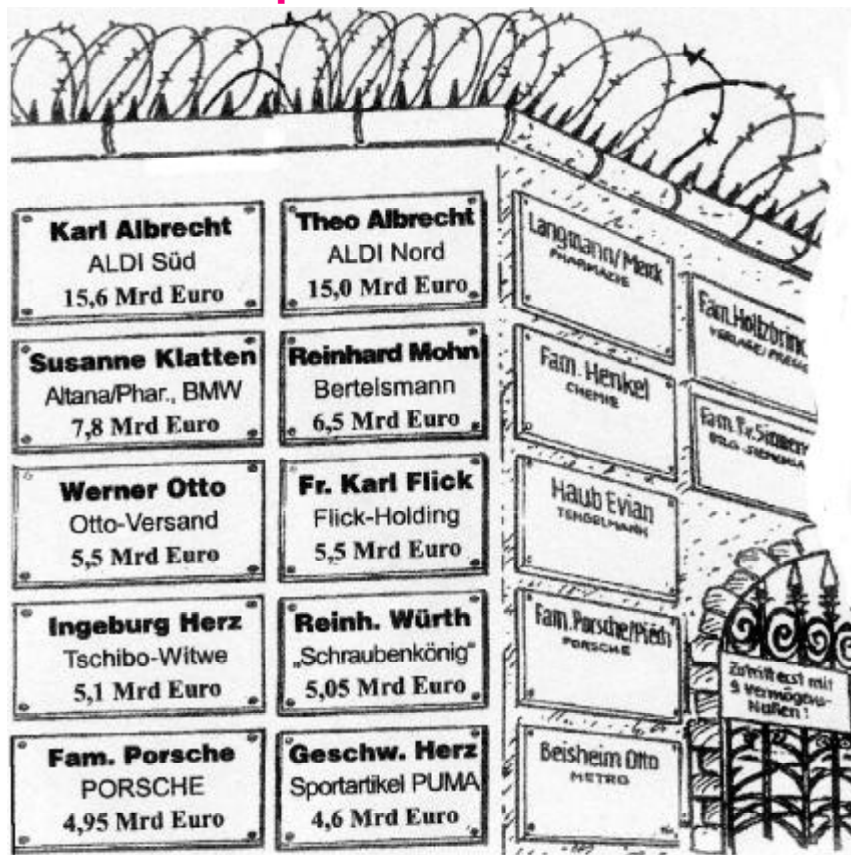
Konzernsubventionen: z.B. Subventionen für Ansiedlung von Chip-, Auto- und Flugzeugindustrie, Steuergeschenke an Versicherungskonzerne, Transrapid-Förderung

Rüstung/Militär: Militär- und Rüstungsausgaben über 25 Mrd. Euro pro Jahr, neue Waffensysteme für globale Einsätze

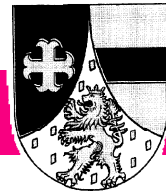
Zinsen: Die Zinszahlungen aller öffentlichen Haushalte an Banken: rund 70 Mrd. Euro im Jahr

Manager-Magazin veröffentlichte neue Zahlen:

Club der Superreichen in Deutschland



Unter den Reichsten der Welt belegen die Aldi-Brüder die Plätze neun und zehn der Rangliste, wie das „Manager-Magazin“ erst unlängst berichtet hat (SZ vom 12.10.05). Danach gibt es in Deutschland 91 Einzelpersonen und Familien mit einem Vermögen von jeweils mindestens einer Milliarde Euro. Allein die zehn Superreichsten in Deutschland (siehe unsere Graphik) vereinigen insgesamt über 75 Milliarden Euro auf ihren Konten.



Unser Foto zeigt (links im Bild) eine von drei Ruhebänken, die auf der Freifläche vor der Einsegnungshalle des Friedhofes Engelsfeld aufgestellt worden sind, um älteren und behinderten Menschen eine Sitzgelegenheit zum Ausruhen anzubieten. Damit ist dem Wunsch vieler Friedhofsbesucher entsprochen worden, der von der DKP-Fraktion durch einen schriftlichen Antrag an den Bürgermeister unterstützt worden ist. Dafür an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Verwaltung.

Sichtbehinderung an der Einmündung Hixberger Weg:

Ein Antrag der DKP führte zur Abhilfe

In der letzten Ausgabe unserer Stadtzeitung haben wir über Klagen von Köllerbacher Bürgern berichtet. Danach müssten Verkehrsteilnehmer, die vom Hixberger Weg kommend nach rechts in die Riegelsberger Straße einbiegen wollen, auf Grund der unübersichtlichen Situation ziemlich weit in den Mündungsbereich einfahren, um die Verkehrslage überblicken zu können. Daraufhin hat die DKP-Fraktion die Verwaltung gebeten, umgehend für die Anbringung eines Verkehrsspiegels zu sorgen, um das gefahrlose Einbiegen in die Riegelsberger Straße zu erleichtern und ein höheres Maß an Verkehrssicherheit zu erreichen.

Inzwischen hat sich dort etwas getan. Bei Prüfung unseres Antrages an die Stadtverwaltung habe sich gezeigt, dass „die Sichtbehinderungen im angesprochenen Bereich überwiegend durch Pflanzenbewuchs auf einem städtischen

Grundstück“ entstanden seien, teilte der Bürgermeister in einem Brief an die DKP-Fraktion mit. Martin Speicher schreibt: „Ich habe daher veranlasst, dass dieses Grundstück so hergerichtet wird, dass Sichtbehinderungen nicht mehr entstehen. Die Arbeiten sind mittlerweile erledigt, so dass nach meinem Dafürhalten eine Gefahrenstelle nicht mehr besteht“.

Nach Ansicht der Verwaltung war die Anbringung eines Verkehrsspiegels nicht erforderlich. Dem kann man zustimmen, wenn auch künftig dafür gesorgt wird, dass Sichtbehinderungen nicht mehr entstehen können. Der Bürgermeister hat diesbezügliche Zusagen gemacht. Da ist gut so.

Es lohnt sich also immer wieder, mit der DKP in Verbindung zu treten, wenn es Probleme gibt. Wir bemühen uns dann um möglichst schnelle Abhilfe im Interesse der betroffenen Bürger.

Kurz und knapp

Altbürgermeister Hans Koch ist am 13. Oktober im Alter von 79 Jahren verstorben. Er war von September 1966 bis Ende 1973 als Bürgermeister im Amt und nach dem Inkrafttreten der Gebietsreform bis August 1974 als Beauftragter für die Aufgaben des Bürgermeisters bestellt. Der DKP-Fraktionsvorsitzende hatte Bürgermeister Koch während den ersten fünf- und dreiviertel Jahren seiner Ratstätigkeit und danach im Baufragtengremium persönlich erlebt und sich von dessen menschlicher Wärme überzeugt. Die DKP wird Hans Koch als guten Demokraten in Erinnerung behalten.

*

Im Bistro-Restaurant des Püttlinger Kulturbahnhofs stehen Änderungen bevor. Jochen Frisch (Foto) und Elke Hammes hören auf, sie verlassen eine Gastronomie, die sich im Laufe der letzten sieben Jahre weit über die Stadt hinaus einen guten Namen gemacht hat. Wer eine besondere Atmosphäre und erstklassiges Essen zu schätzen wußte, war bei Jochen und Elke gut aufgehoben. Ihnen gilt dafür - auch im Namen der DKP, die dort öfters Veranstaltungen durchführte - ein herzliches Dankeschön und alles Gute. Ab 1. Januar will Frank Hens die Bewirtschaftung im Kulturbahnhof übernehmen.



**Wünsche? Fragen?
Anregungen?**

Wir sind erreichbar!

Bitte schreiben oder anrufen:

DKP-Fraktion:

Franz Hertel, Geisbergstraße 12
66346 Püttlingen, Tel. 6 54 17

Dreistündiges Tanz-/Musikprogramm einer 24-köpfigen Gruppe:

Mit Son und Salsa werden sie echte Karibikstimmung vermitteln

Viele werden sich noch an das Kubakonzert vor zwei Jahren erinnern, als es kaum noch jemanden auf den Sitzen hielt und ein begeistertes Publikum die karibischen Musiker bejubelte. Damals haben unzählige Besucher den Wunsch ausgesprochen, eine solche Veranstaltung unbedingt zu wiederholen. Das soll nun passieren. Im Frühjahr wird es wieder soweit sein, dass wir kubanische Gäste bei uns begrüßen können.

Wir erwarten eine Gruppe junger Studenten, Arbeiter, Ingenieure und Kulturschaffenden, die sich in der Tanz- & Musikgruppe „Tercer Mundo“ (Foto) zusammengeschlossen haben und mit revolutionärem Elan karibisches Kulturgut vermitteln. Es handelt sich um insgesamt 24 Künstlerinnen und Künstler, die in einem dreistündigen Programm die Tänze und Lieder ihrer kubanischen Heimat vorstellen. Die Span-



Schandurteil gegen zu Unrecht verurteilte Kubaner aufgehoben:

DKP fordert Freilassung der fünf Inhaftierten

Schon seit über 500 Tagen befinden sich fünf Kubaner (G.H. Nordelo, R.G. Schwerert, R.L. Salazar, A.G. Rodriguez und F.G. Llort) in US-Haft, weil sie gegen extremistische kubanisch-amerikanische Gruppen in Südfloida vorgegangen sind. Am 9. August hat nun das Berufungsgericht in Atlanta die in Miami ergangenen Urteile gegen die

fünf jungen Männer für null und nichtig erklärt. Das ist ein großer Erfolg der massiven Proteste aus Kuba selbst und einer breiten internationalen Solidarität. Aber immer noch befinden sich diese kubanischen Staatsbürger unter erschwerten Bedingungen in US-Haft. Ihnen droht eine neue Gerichtsverhandlung. Dagegen entwickelt sich eine weltweite Protestbewegung.

Die DKP-Stadtratsfraktion Püttlingen hat in einem Brief an US-Justizminister Alberto Gonzáles und US-Außenministerin Dr. Condoleeza Rice die sofortige Freilassung der fünf zu Unrecht inhaftierten Kubaner gefordert. Ihre Inhaftierung, die bereits von der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen für illegal erklärt wurde, sei angesichts der Aufhebung ihrer Urteile durch nichts mehr gerechtfertigt.

Symbol für Solidarität

mit den fünf kubanischen Patrioten, die lange Haftstrafen in den USA verbüßen, weil sie ihr Volk gegen den Terrorismus verteidigt haben. Mehr Infos

dazu unter: www.antiterroristas.cu



Gleich mal vormerken:

27. April 2006

Beginn 20.00 Uhr

**Stadthalle
Püttlingen**

ne der Darbietungen reicht dabei von Tänzen der Campesinos bis hin zu bekannten Tänzen des Son und Salsa.

Durch ein mitreißendes Programm will die Künstlergruppe das Publikum begeistern und dessen Aufmerksamkeit auf Kuba lenken, das sich in sichtbarer Aufwärtsentwicklung befindet, aber immer noch mit unvorstellbaren Problemen zu kämpfen hat. Dabei wird in ihrer Musik wohl auch von der Solidarität mit den fünf kubanischen Patrioten berichtet werden.

Nähere Angaben über die Veranstaltung werden wir in den nächsten Ausgabe veröffentlichen. Schon jetzt kann aber gesagt werden, dass der Kartenvorverkauf Anfang März beginnt.

Was andere so schreiben

Seit 46 Jahren ist er an der Macht - länger als jeder andere Staatschef. (...) Hat zehn US-Präsidenten überlebt, drei Päpste. Und 637 Attentats-Versuche. Fidel Castro - eine lebende Legende. (...)

Zwei Mädchen mit riesigen Schleifen im Haar schieben abwechselnd einen hölzernen Roller und werfen Steinchen ins Wasser. Orlando, ihr Vater, erklärt feierlich: „Zum 1. Mai hat Fidel die Mindestlöhne angehoben. Um 125 Prozent! Mehr als verdoppelt! In welchem anderen Land der Welt gibt es das?“ Orlando lacht. Es ist ein Lachen, in dem auch eine ordentliche Portion Stolz mitschwingt. Stolz, es der ganzen Welt zu zeigen. Immer wieder auf's Neue.

„EI Comandante tut was für uns“, bekräftigt Orlando. 50 Millionen Euro extra holt Castro dafür jährlich aus der Staatskasse. Geld, das der wachsende Tourismus und der gestiegene Verkauf von Nickel einbrachten. Genau das unterscheidet Fidel Castro von anderen Diktatoren. Er hat kein Konto in der Schweiz, keine Prunkpaläste, keinen Fuhrpark voller Edelkarossen und keine Armani-Anzüge. Nein, er teilt mit seinem Volk - deshalb ist er beliebt.

(Aus TV Hören und Sehen, Nr. 20/2005)